

Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 0925/2012

Abteilung: Fachbereich 4

Bearbeiter/in: Claudia Völcker

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungsstatus
Jugendhilfeausschuss	15.11.2012	öffentlich	Information

Betreff: Das 10-Punkte-Programm des Bundesfamilienministeriums

Im Mai dieses Jahres stellt die Bundesregierung folgendes 10-Punkte-Programm vor, das das Ziel verfolgt ein bedarfsgerechtes Angebot für die Betreuung von Kindern im Elementarbereich zu schaffen:

[1] Festanstellung von Tagespflegepersonen:

Ein entsprechendes Förderprogramm ist ausgeschrieben.

Es sieht vor, dass Unternehmen, Verbände, Kommunen u.a. Kindertagespflegepersonen befristet für 2 Jahre fest anstellen. Der Arbeitgeber erhält für 1 Jahr befristet Zuschüsse aus ESF – Mitteln in Höhe von 50%.

[2] Stärkung der Kindertagespflege:

Es ist vorgesehen, die Rahmenbedingungen der Kindertagespflege zu verbessern und bundesweite Standards für die Mindestqualifizierung festzusetzen.

[3] Gewinnung von Fachpersonal:

Eine Arbeitsgruppe von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden soll Vorschläge erarbeiten, wie weitere Fachkräfte für die Kindertagesbetreuung gewonnen werden können. Geplant ist zudem eine Werbekampagne für den Beruf des Erziehers/der Erzieherin.

[4] Ausbau betrieblicher Kinderbetreuung:

Die staatliche Förderung betrieblicher Betreuungsplätze soll fortgeführt und ausgebaut werden.

Neben Privatunternehmen und Behörden sollen künftig auch Initiativen von Mitarbeiter/innen und andere Initiativen berücksichtigt werden.

[5] Ausschöpfung von Betreuungs-Potentialen:

Freie Kapazitäten bei Kita-Plätzen und beim Einsatz von Fachkräften sollen dem Plan zufolge besser ermittelt und für den Ausbau genutzt werden. Dabei helfen sogenannte Prozessbegleiter der lokalen Initiativen des Programms "Anschwung für frühe Chancen". Ziel des Ministeriums ist es, dass 600 solcher Initiativen bis 2014 entstehen.

[6] Qualitätscheck:

Der Ausbau dürfe keinesfalls zu einer Senkung der Qualität der Kinderbetreuung führen. Lediglich bei den baulichen Vorschriften, die nicht der Qualität oder der Sicherheit dienen, könnten vorübergehend Abstriche gemacht werden.

[7] Zinsgünstige KfW-Kredite:

Der Bund will mit zinsvergünstigten Krediten der bundeseigenen KfW-Bank aushelfen. Die Bundesregierung stellt dafür 35 Millionen Euro zur Verfügung.

[8] Ausschöpfung finanzieller Spielräume:

Bund und Länder sollen sich bei der Ausschöpfung finanzieller Spielräume gegenseitig unterstützen. Nicht benötigte Bundesmittel sollen frühzeitig erfasst und wie vereinbart Anfang 2013 umverteilt werden.

[9] Qualitätsgesetz:

Familienministerin Schröder kündigte an, Mindeststandards zur Betreuung der Ein- und Zweijährigen bundesweit festlegen zu wollen.

Die frühkindlichen Bildungseinrichtungen fallen in den Kompetenzbereich der Länder, diese sind auch zuständig für den Personalschlüssel in den Kitas. Schröder will ein "Qualitätsgesetz" auf den Weg bringen, das einen Rahmen-Bildungsplan enthält und bundesweit Mindestbedingungen etwa zur Personalausstattung und Erzieherausbildung festschreibt.

„Bis zum Jahr 2020 sollen wissenschaftlich fundierte qualitative Mindeststandards bundesweit erreicht sein“, heißt es im Programm. Dafür soll ein „Qualitätsgesetz“ geschaffen werden.

[10] Internationale Zusammenarbeit:

Was sich hierunter verbirgt, konnte nicht eindeutig recherchiert werden.

Wahrscheinlich sind internationale Studien zur Kinderbetreuung gemeint.